



STELLUNGNAHME zum Antrag	Vorlage Nr.:	2018/0512
GRÜNE-Gemeinderatsfraktion	Verantwortlich:	Dez. 3

Altenpflegefachkräfte für Karlsruhe gewinnen: Geeignete Maßnahmen sammeln, prüfen und gezielt umsetzen

Gremium	Termin	TOP	ö	nö
Gemeinderat	18.09.2018	29	x	

Kurzfassung

Um dem Fachkräftemangel in der Pflege entgegenzuwirken strebt die Stadt Karlsruhe an, vertreten durch die integrierte Sozialplanung, aktiv und langfristig im Pflegebündnis der Technologieregion mitzuarbeiten. Die im Antrag enthaltenen Vorschläge werden dabei einbezogen und weitere Handlungsansätze werden entwickelt. Eine kooperative und vernetzte Zusammenarbeit von verschiedenen Akteuren und der Stadt bietet die Chance, Ziele besser zu erreichen. Gleichzeitig müssen weiterhin Einzelmaßnahmen auf der jeweiligen Handlungsebene und im jeweiligen Handlungsfeld verfolgt werden.

Durch eine regelmäßig und strukturell verankerte Berichterstattung über die Aktivitäten des Pflegebündnisses im Arbeitsausschuss Ältere Generation können eine Rückkopplung erfolgen und weitere Akteure mit einbezogen werden. Der Arbeitsausschuss Ältere Generation kann konkrete Empfehlungen an den Sozialausschuss und Gemeinderat zur Unterstützung der Fachkräftegewinnung aussprechen. Die Berichterstattung im Sozialausschuss erfolgt nach Bedarf.

Finanzielle Auswirkungen	Gesamtkosten der Maßnahme	Einzahlungen/Erträge (Zuschüsse u. Ä.)	Jährliche laufende Belastung (Folgekosten mit kalkulatorischen Kosten abzügl. Folgerträge und Folgeeinsparungen)
Ja <input type="checkbox"/> Nein <input checked="" type="checkbox"/>			
Haushaltsmittel sind dauerhaft im Budget vorhanden Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Die Finanzierung wird auf Dauer wie folgt sichergestellt und ist in den ergänzenden Erläuterungen auszuführen: <input type="checkbox"/> Durch Wegfall bestehender Aufgaben (Aufgabenkritik) <input type="checkbox"/> Umschichtungen innerhalb des Dezernates <input type="checkbox"/> Der Gemeinderat beschließt die Maßnahme im gesamtstädtischen Interesse und stimmt einer Etatisierung in den Folgejahren zu			
IQ-relevant		Nein <input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/>	Korridor Thema:
Anhörung Ortschaftsrat (§ 70 Abs. 1 GemO)		Nein <input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/>	durchgeführt am
Abstimmung mit städtischen Gesellschaften		Nein <input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/>	abgestimmt mit

1. Geeignete Strukturen der Maßnahmenentwicklung und -umsetzung

Im Antrag der Grünen-Gemeinderatsfraktion wird die Sammlung von Vorschlägen, eine Bündelung von Maßnahmen und die Entwicklung einer Konzeption in städtischer Federführung, die spezifisch auf die Gewinnung von Fachkräften in der Altenpflege ausgerichtet ist, angesprochen und gefordert. Wie durch die im Antrag enthaltenen Vorschläge deutlich wird, können Maßnahmen in verschiedenen (Fach)Bereichen und Handlungsebenen ansetzen. Verschiedene Akteure haben zur Gewinnung von Pflegefachkräften bereits Maßnahmen ergriffen. Hier zu nennen und zu begrüßen sind Aktivitäten einzelner Träger, auch in ihrer Funktion als Arbeitgeber, Maßnahmen der Arbeitsagentur und des Jobcenters Karlsruhe sowie der Zusammenschluss verschiedener Akteure im Pflegebündnis der Technologieregion Karlsruhe e. V. (Pflegebündnis). Das Pflegebündnis hat neben dem Fachkräftemangel in der Altenpflege auch die Krankenhauspflege und weitere für die pflegerische Versorgung relevante Themen im Blick. Durch seine Mitglieder wirkt es über die Stadt Karlsruhe hinausgehend in den Landkreis hinein.

Dabei besteht die Aufgabe der Sozialplanung darin, Ziele, Maßnahmen und spezifische Kooperationen von Akteuren jeweils im Hinblick auf ihre Relevanz, ihre Wirksamkeit, Umsetzungsstrategien sowie in ihren finanziellen Auswirkungen für die Stadt Karlsruhe zu analysieren und zu bewerten und Handlungsempfehlungen abzuleiten. Die finanziellen Auswirkungen werden dann für die jeweilige konkrete Maßnahme benannt und in den Gremien des Gemeinderats abgestimmt.

Im Pflegebündnis sind verschiedene Akteure mit hoher Fachlichkeit vertreten, die zusätzlich zu ihren Kernarbeitsgebieten die spezifische Themenstellung des Pflegekräftemangels bearbeiten und (personelle) Ressourcen für die Vereinsarbeit zur Verfügung stellen. Das Pflegebündnis würde die angestrebte aktive Mitwirkung der Stadt Karlsruhe an seiner Arbeit begrüßen. Die Stadt kann in das Pflegebündnis spezifische Ressourcen einbringen und kommunale Handlungsansätze und Interessen vertreten. Von Vorteil ist, dass das Pflegebündnis eine Vernetzung mit Akteuren und Gemeinden im Landkreis und breit gefasste, konzertierte Aktionen ermöglicht. Eine in die Region wirkende und übergreifende Zusammenarbeit lässt eine größere Reichweite und Wirksamkeit erwarten, als sie durch eine Maßnahmen- und Konzeptionsentwicklung, die vorrangig kommunal gesteuert wird, zu erwarten ist.

Ergänzende Erläuterung

Maßnahmen zur Fachkräftegewinnung sind ein Handlungsfeld in einem weiter zu fassenden Planungsbereich, um die pflegerische Versorgung (in Karlsruhe) langfristig sicherzustellen. Der Fachkräftemangel stellt kein lokales Problem dar, sondern ist in einen größeren Kontext einzuordnen. Derzeit befinden sich bundes- und landespolitische Maßnahmen in der Diskussion und im Umsetzungsprozess, die darauf zielen, die pflegerische Versorgung langfristig sicherzustellen und einem Fachkräftemangel entgegenzuwirken. Dabei geht es auch um Maßnahmen, die sich auf die Rahmenbedingungen der Pflegeberufe auswirken. Sozialpolitische Strategien auf der Landesebene zielen darauf, eine sektorenübergreifende und eine sozialräumliche Gestaltung der Pflege und Unterstützungsstrukturen zu stärken. Gesetzliche Regelungen zur Gesundheits- und Pflegepolitik auf Bundesebene bestimmen die Rahmenbedingungen der Pflege, die Ausbildung und mittelbar auch die Arbeitsbedingungen der Gesundheits- und Pflegeberufe. Seit der Einführung der Pflegeversicherung 1995 (SGB XI) werden Pflegeleistungen nach marktwirtschaftlichen Prinzipien erbracht. Die Rolle der Pflegekassen ist dabei zentral, die kommunalen Einwirkungs- und Steuerungsmöglichkeiten sind hingegen begrenzt.

2. Regelmäßige Berichterstattung im Sozialausschuss

Da sich die Entwicklung und Bewertung von Maßnahmen auf jeweils für sich stehende Maßnahmen bezieht, wird kein städtisches Gesamtkonzept entwickelt. Von einer jährlichen Berichterstattung im Frühjahr im Sozialausschuss ist von daher abzusehen. Die Berichterstattung wird bedarfsgerecht und maßnahmenbezogen erfolgen. Eine regelmäßige Berichterstattung über die Aktivitäten des Pflegebündnisses im Arbeitsausschuss Ältere Generation findet bereits statt und wird von der Verwaltung auch zukünftig angestrebt. Der Arbeitsausschuss Ältere Generation kann konkrete Empfehlungen an den Sozialausschuss und Gemeinderat zur Unterstützung der Fachkräftegewinnung aussprechen.

3. Ausblick:

Die noch nicht abgeschlossene Novellierung des Landespflegestrukturgesetzes sieht als eine Handlungsmöglichkeit der Kommune vor, kommunale Pflegekonferenzen (als kreisfreie Stadt oder auch im Verbund mit dem Landkreis) einzurichten. Vorbehaltlich der Novellierung des Gesetzes ist strategisch zu klären, ob die Einrichtung einer solchen Pflegekonferenz ergänzend oder alternativ zu bestehenden Strukturen sinnvoll ist. Es stellt sich die Frage, ob bestehende vielgestaltige Strukturen und Arbeitsgremien - wie zum Beispiel das Pflegebündnis Technologie-region Karlsruhe e. V. - bereits ausreichend und tragfähig sind, um die komplexe Thematik der pflegerischen Versorgung bzw. Teilaspekte davon (wie die Entwicklung von Maßnahmen, die dem Fachkräftemangel entgegenwirken) nachhaltig zu bearbeiten.